

Unterstützung beantragten, Bestimmung der Stadt die Höhe der Schulgebühren. Die Entscheidung ist natürlich diskutabel. Wenn sie bisher abgelehnt worden sei, so deshalb, weil das Ministerium die Schulgebühren vorgeschrieben habe und weil es keine Steuererleichterung gäbe, nach denen man sich richten könne. Der Staat in seiner letzten finanziellen Lage könne die Schulgebühren nicht übernehmen. Im Haushaltsplan sei der Zuschuss für die Oberrealschule auf 311.000 M. eingestellt. Der Betrag sei deshalb so hoch, weil man habe vorzusehen, dass die Beihilfe des Staates bei vorläufiger Weise niedrig eingestellt werden. Diese werde aber wesentlich höher werden, als vorzusehen, sodass dann auch der Zuschuss sich abmildern werde. Es wurde hierauf zur Abstimmung geschritten. Die Vorlage wurde abgelehnt. Dafür stimmten nur die Bürgerlichen. Der Antrag der sog. Fraktion wurde angenommen, und zwar Punkt 1 und 2 gegen die bürgerlichen Stimmen, Punkt 3 einstimmig.

5. Der Errichtung einer ständigen Lehrerkollegie an der Knaben-Schule unter Verzicht auf Vorkaufung des bis Ostern 1921 bewilligten Hilfslehrers wurde zugestimmt, ebenso

6. der Bewilligung von 700 M. Berechnungsgeld zur Teilnahme an Lehrgängen für Mädchenfortbildungsschullehrer.

7. Der neue Vertrag über die Haftpflichtversicherung des Lastkraftwagens der Gasanstalt wurde gutgeheißen.

8. Zuschussbewilligung an die Straßenbahn. Die Straßenbahngesellschaft ist schon 1919 nicht auf ihre Kosten gekommen, 1920 haben sich die Verhältnisse noch weiter verschlechtert. In einer Eingabe an den Rat hat die Gesellschaft die Lage geschildert und gebeten, die Stadt möge entweder die Straßenbahn in städtische Regale übernehmen oder einen Zuschuss gewähren. Der Finanzausschuss hat die Übertragung der Straßenbahn durch die Stadt abgelehnt. Er hat sich aber nicht der Meinung verschlossen, daß die Straßenbahn ein gemeinschaftliches Unternehmen ist, das Unterstützung verdient. Es müsse versucht werden, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Es würden auch wieder bessere Betriebs- und Finanzverhältnisse kommen, wenn die Bezüge für Futtermittel und Pferde zurückgelassen. Der Straßenbahngesellschaft solle der Verlust der Gesellschaft vom Jahre 1920 in Höhe von 5898,50 M. ersetzt und ihr für das Jahr 1921 ein Zuschuss von 8000 M. gewährt werden. Der Rat ist diesem Beschlusse des Finanzausschusses beigetreten. Herr Stadtv. Gammlich (soz.) erklärt, daß die sozialdemokratische Fraktion grundsätzlich geneigt sei, die Straßenbahn nicht eingehen zu lassen. Für Kriegsinvaliden und ähnliche Leute sei sie eine Wohltat. Die Verhältnisse der Gesellschaft müßten aber noch mehr ergründet werden. Die Unterlagen der Bilanz und die Betriebskosten müßten einmal mit der Gesellschaft durchgesehen werden. Auch müsse die Stadt Einfluss auf die Gestaltung des Jahrespreises bekommen. Kriegsinvaliden, Altersrentner und die regelmäßig Fahren den müßten Vergünstigungen erhalten, die seltener Fahren den stärker herangezogen werden. Die Gewährung von Zuschüssen berechtige die Stadt in dem Verlangen, Einfluss im Aufsichtsrat und in der Aktionärsversammlung zu haben. Die sozialdemokratische Fraktion wünsche, daß die Vorlage so lange zurückgestellt werde, bis eine Verständigung mit der Gesellschaft stattgefunden habe. Herr Stadtv. Tröger (bürgerl.) bemerkt, daß die Rechte ebenfalls wünsche, daß die Straßenbahn erhalten bleibe, deren Übertragung durch die Stadt aber ablehne. Mit den Forderungen der Sozialdemokraten, daß die Stadt Einfluss auf die Betriebsführung und die Gestaltung der Fahrpreise gemiene, erkläre sich die Rechte einverstanden, nicht aber mit der Vertagung der Vorlage. In dem zu fassenden Beschlusse könnten die günstigsten Bedingungen zum Ausdruck gebracht werden. Herr Stadtv. Wieser (Unabh.) erklärt, daß die äußerste Linke von der Notwendigkeit überzeugt sei, daß wir eine Straßenbahn brauchen. Die unabhängige Fraktion lehne aber einen Zuschuss an die Gesellschaft ab und verlange, daß die Stadt den Betrieb selbst übernehme. Sie könne nicht einsehen, weshalb eine Privatgesellschaft billiger arbeiten solle. Herr Bürgermeister Dr. Scheider warnt vor der Übertragung der Straßenbahn auf die Stadt. Er kenne die Verhältnisse der Gesellschaft und könne versichern, daß dort nichts herauszubekommen sei. Wenn der Betrieb aufrecht erhalten werden solle, dann nur dadurch, daß die Stadt auf Zeit Zuschüsse gewähre. Die ständige habe das Unternehmen schon seit vielen Jahren nicht abgeworfen. Ueber die Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion könne man reden, aber deshalb brauche die Sache nicht vertagt zu werden. Vorzugsfahrpreise seien, soweit er wisse, schon eingestellt. Die Abordnung eines Beauftragten in den Aufsichtsrat werde sich ermöglichen lassen, denn die Stadt sei selbst Aktionär, da ihr ein Aktienanteil seine Aktien geschenkt habe. Die Verhandlungen könne der Finanzausschuss führen. Herr Stadtv. Bornmann (bürgerl.) erklärt, daß man der Bilanz glauben schenken könne. Angesichts des fortgeschrittenen Defizits könne eine Verkleinerung nicht stattgefunden haben. Redner bittet um Annahme der Vorlage. Herr Stadtv. Schneider (soz.) meint, wenn Herr Wieser gesagt habe, die Stadt solle die Straßen-

bahn übernehmen, so müsse darauf hingewiesen werden, daß die Stadt dann schlecht fahren werde. Die Stadt werde dann große Zuschüsse leisten müssen. Es müsse ein annehmbarer Weg gesucht werden, deshalb sei die Bewilligung der Vorlage zu empfehlen unter den Bedingungen, die die sozialdemokratische Fraktion gestellt habe. Herr Stadtv. Wieser (soz.) weist darauf hin, daß besonders die Kriegsteilnehmer es sehr bedauern würden, wenn die Straßenbahn den Betrieb einstelle. Vielleicht könne durch den Zuschuss der Stadt auch eine Regelung der Lohnverhältnisse der Angestellten der Straßenbahn erreicht werden, die sehr schlecht seien. Es sprachen noch Herr Stadtv. Wieser (bürgerl.) für die Vorlage gegen und Herr Stadtv. Mendel (bürgerl.) für die Vorlage. Herr Stadtv. Gammlich (soz.) erklärt nochmals, daß die sozialdemokratische Fraktion ihre Stellungnahme zum Entgegenkommen der Gesellschaft abhängig mache. Seine Fraktion beantrage, daß die Bewilligung zurückgestellt werde, bis die Verständigung mit der Gesellschaft über die ständige Fahrpreissetzung, die Unterlegen der Bilanz und die Verbilligung des Zuschusses an dem Organ der Gesellschaft stattgefunden habe.

Wenn diesen Antrag stimmten die Bürgerlichen und die Unabhängigen; er war also abgelehnt. Nach Wiederholung ihres Antrages stimmten die Sozialdemokraten nunmehr gegen die Vorlage, die mit den 11 Stimmen der Linken gegen die 9 Stimmen der Rechten abgelehnt wurde.

9. Einmalige Beihilfe an Erwerbslose. Der Rat hat beschlossen, den in dieser endgültig unterstützungsberechtigten Erwerbslosen, die am 31. Januar 1921 6 Wochen erwerbslos waren und ununterbrochen Erwerbslosenunterstützung erhalten haben, eine einmalige Beihilfe, die als Winterbeihilfe anzusprechen ist, nach folgenden Sätzen zu gewähren: ein Ehepaar 100 M., eine ledige oder sonst alleinstehende Person 50 M. und für jedes Kind 25 M. Die erforderlichen Mittel werden aus Konto 40^{er} des diesjährigen Haushaltsplanes bewilligt. Herr Stadtv. Wieser (Unabh.) beantragt, die Sätze zu verdoppeln, sodass erhalten würden: ein Ehepaar 200 M., eine ledige oder sonst alleinstehende Person 100 M. und jedes Kind 50 M. Er ist ferner der Meinung, daß wir in dieser Sache Verhältnisse hätten und keine Erwerbslosen zu haben brauchen, wenn die Bestimmungen des Demobilisationskommissars streng angewandt worden wären. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwidert, daß die Stadt in dieser Frage nicht allein die Macht habe. Wo die Minderheit bestanden habe, seien die Bestimmungen angewandt worden. Was die Beihilfe anbelange, so seien die Sätze vom Erwerbslosenfürsorgeausschuss vorbereitet worden. Bei der Festlegung sei in Betracht gezogen worden, daß zuvor erst eine staatliche Beihilfe zugesandt worden sei. Herr Stadtv. Schneider (soz.) will den Antrag Wieser, dem er im übrigen zustimme, dem Finanzausschuss überweisen lassen. Herr Stadtv. Wieser (Unabh.) wendet sich hiergegen. Er wundere sich, daß man anstatt der Notlage der Erwerbslosen von Vertagung sprechen könne. Herr Stadtv. Gammlich (soz.): Die in der Vorlage vorgesehene Beihilfe sollte sofort ausbezahlt werden. Mit den von Herrn Wieser vorgeschlagenen Erhöhungen soll sich erst der Finanzausschuss beschäftigen, um die finanzielle Wirkung des Antrages festzustellen. Herr Stadtv. Schneider (soz.) bemerkt, wenn die Verbilligung im Finanzausschuss ergebe, daß die Kosten nicht zu hoch wären, dann könne man vielleicht noch über den Antrag hinweggehen. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärt, daß die finanzielle Seite geprüft werden müsse. Es liege im Interesse der Erwerbslosen, wenn die Vorlage angenommen werde. Darüber hinaus könne der Antrag Wieser weiter behandelt werden. Herr Stadtv. Tröger (bürgerl.) erklärt, daß die Rechte der Vorlage zustimme und sich auch mit dem Antrag Wieser befremden könne. Aber eine Vertagung des Antrages im Ausschuss müsse stattfinden. Die Vorlage wurde hierauf gegen die 4 Stimmen der Unabhängigen angenommen und der Antrag Wieser dem Rat überwiegen.

10. Ordnung für die Hülfsquartierung. Herr Stadtv. Jöhns (Unabh.) bezeichnet den vorliegenden Entwurf als veraltet und der heutigen Zeit nicht mehr entsprechend. Er stelle zu § 1 einen längeren Vorschlagsentwurf, der vor allem bezwecke, eine Umgestaltung der Bestimmungen zu verhindern. Der Antrag fand nicht die genügende Unterstützung und konnte daher nicht zur Verhandlung kommen. Die sozialdemokratische Fraktion war der Meinung, daß der Antrag zu umfangreich sei, um sofort zu ihm Stellung nehmen zu können. Sie beantrage daher, die Vorlage nochmals an den Ausschuss zu verweisen. Der sozialdemokratische Vertagungsantrag wurde von den Bürgerlichen und den Unabhängigen abgelehnt. Nunmehr nähme die Sozialdemokraten den Antrag der Unabhängigen selbst wieder auf, den sie zuerst nur deshalb nicht unterstützt hätten, weil sie der Meinung gewesen seien, daß er im Ausschuss besser beraten werden könne. Ebenso würden von der Rechten einige Vorschläge beantragt. Herr Bürgermeister Dr. Scheider hielt die Vertagung der Vorlage und die Überweisung der Anträge an den

Rat beim den Ausschuss zur Vorbereitung doch für das richtiger. Inzwischen wurde der Vertagungsantrag schließlich doch einstimmig angenommen.

11. Dem 4. Nachtrag zur Sparkassenordnung wurde zugestimmt und 12. die Sparkassenrechnung auf das Jahr 1919 richtiggelesen.

13. Haushaltsplan auf das Jahr 1920. Die einzelnen Abteilungen, die nicht schon verabschiedet waren, wurden genehmigt. Herr Bürgermeister Dr. Scheider wies nochmals auf die Schwierigkeiten hin, die sich bei der Ausführung des Haushaltsplanes entspannen könnten. Auch heute hätten wir in finanzieller Hinsicht noch nicht vor klaren Verhältnissen. Herr Stadtv. Bornmann (bürgerl.) bittet, die Wählersteuer höher einzustellen. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwidert, daß bereits der höchste Betrag, der gesetzlich zulässig sei, eingestuft worden ist. Der Haushaltsplan wurde hierauf angenommen.

14. Der 5. Nachtrag zur Instruktion für den Schornsteinfegermeister wurde angenommen, ebenso die Vorlage, betr.

15. die anderweitige Verwendung von 3000 M. von den zur Inventarbeschaffung an der Oberrealschule bewilligten, hierzu nicht voll erforderlichen 8400 M. Die Unabhängigen stimmten dagegen, sie wollten die 3000 M. für die Erwerbslosen verwenden lassen.

16. Dem Einbau eines Abortes im Kontorgebäude der Fr. Hegel-Wölfling und der Bewilligung der Kosten von 200 M. wurde zugestimmt. Dem Rat wurde empfohlen, die Wohnungen dort einmal einer gründlichen Durchsicht zu unterziehen und bauliche Mängel abzustellen.

17. Als stellvertretender Gemeindevorsteher wurde Herr Kaufmann Storet gewählt.

18. Die Mitgliedschaft beim Deutschen Spalensmuseum soll mit einem Jahresbeitrag von 100 M. erworben werden.

19. Teilung einer Wohnung. Der vom Wohnungsausschuss vorgeschlagene Teilung einer Wohnung im Grundstück Anstaltstraße 2 und der Bewilligung der Kosten in Höhe von 9200 M. wurde zugestimmt.

20. Der Sportklub 1919 hat gebeten, der Rat möge den Platz hinter der 32er Kaserne nachweise erwerben und ihn dann gegen Willkür dem Sportklub überlassen. Der Vorschlag wird mit dem Verein ein Verhältnis nicht eingehen. Der Rat hat das Gesuch abgelehnt, da er den schwarzen Platz als Sportplatz betrachtet. Herr Stadtv. Wieser bittet, das Gesuch wohlwollend zu behandeln, denn der Sport und die Leibesübungen müßten gefördert werden.

21. Die Verfassungsbeschlüsse des früheren Herrn Stadtrats Ayer haben auf Grund der Befolgsordnung vom 1. April 1920 ab neu geregelt werden müssen. Der Rat hat beschlossen, Herrn Stadtrat Ayer in Gruppe 10 einzureihen und ihm eine Pension von 7284 M. zu zahlen. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß die Stadt hier in einer Zwangslage liege.

Schluss der Sitzung 9 Uhr.

* Diebstahl. Vom Truppenübungsplatz Heilsbrunn haben sich am 22. d. M. fünf tschechische Flüchtlinge entsetzt. In der Nacht haben sie dort einen Diebstahl ausgeübt. Es sind von den Dieben 15 weiße wollene Langerdenen, 5 weiße Garnituren Bettwäsche und eine Menge mit Stoffen mitgenommen worden. Wäsche und Tücher sind gezeichnet mit „T. U. R.“ Da vermutet wird, daß die gestohlenen Sachen in Miesbach oder anderen Orten zum Kauf angeboten werden, wolle man etwaige Wahrnehmungen, die zur Ermittlung der Diebe führen können, der Polizei melden.

* Protestkundgebung. Man schreibt uns: Nun will auch in unserer Stadt die Jugend es sich nicht länger gefallen lassen, in Wäldern und Auen mit Schmutz und Schand gemeiner und wertvoller Art bombardiert zu werden. Sie will tatkräftig in den Kampf für innere Reinheit und Aufrichtigkeit gegen Gemeinfeind und Profiteur gemissachteter Verleger und Verkäufer eintreten und rednet in diesem Kampf auch auf die Unterstützung der aufrichtig denkenden Erwachsenen. Am Sonntag nachmittags um 2 Uhr soll auf dem Albertplatz eine öffentliche Kundgebung stattfinden gegen den Schmutz und Schand in Wort und Bild stattfinden, in der die Führer des Dresdener Jugendringes, Bundessekretär Klebold und Lydia Gae, die männliche und weibliche Jugend zur Tat aufgerufen werden. Öffentlich wird die Verammlung recht herzlich befohlen, damit der Kampf in vielen jugendlichen Herzen Widerhall findet.

* Die Behebung der Wohnungsnot. Der Hauptausschuss A des Landtages beauftragte auf Grund des Reichsgesetzes vom 12. Februar 1921 die Frage der Behebung der Wohnungsnot. Das Reich verpflichtet bekanntlich die Länder, auf den Kopf der Bevölkerung 30 M. zur Beschaffung von Wohnungsbauten zur Verfügung zu stellen. Das würde für Sachsen 140 Millionen ergeben, wovon etwa 1750 Wohnungen in entsprechender Weise bezuht werden könnten. Es fehlen aber bedeutend mehr Wohnungen, sodass normalerweise der doppelte Betrag, also etwa 280 Millionen M. bereitgestellt sind.

Heimatsglück.

Roman von Ludwig Rohmann.

41

„Was kommt eben davon, wenn man gedankenlos herumredet, nur um von dem nicht reden zu müssen, woran alle Bewand hängen.“

„Ah! Und was ist das? Oder darf ich es nicht erfahren?“

„Doch, du mußt es sogar hören. Nur habe ich auf einen Anlaß gewartet und nicht begriffen, daß der Anlaß längst da ist. Und wenn du den Augenblick nicht für schicklich halten solltest, so wälze ich alle Schuld leierlich von mir ab, heraus aber muß es nun: Du mußt meine Frau werden!“

Eine Glutwelle schlug ihr ins Gesicht, und ein wenig war sie nun doch überrollt. Aber sie hatte sich auch vollkommen in der Gewalt und blieb äußerlich ruhig.

„Ja, finde, daß Deine Gemeinplätze immer noch geschmackvoller sind als Deine Sätze.“

Mit einer schnellen Bewegung hatte er ihre Hände erfaßt. „Martha, ich beschwöre Dich, mach mich nicht toll. Ich bin Dir verfallen mit Leib und Seele, seit ich Dich wiedergesehen habe. Ich habe mich geweiht dagegen, ich habe mich wehren wollen und wehren müssen; und doch ist mir eine vollkommene Niederlage daraus geworden, und von Dir allein hängt es nun ab, mich in Deinem Sieg wieder zu erheben.“

Sie hatte ihre Hände kaum zurückgezogen, und nun entthob der Redner, der das Wort d'oeuvre und den Sperry servierte, sie der Notwendigkeit einer sofortigen Antwort.

Als sie wieder allein waren, griff sie nach einem Stühlen Tisch und begann daran zu knabbern. Sie sah seine verworrenen Blicke, aber es schien ihr angebracht, ihn gerade jetzt nicht anzusehen.

„Vor allem eins, mein Lieber: Wenn ich bleiben soll, mußt du dich zusammennehmen. Wir sind nicht allein hier und wollen der fremden Umarmung kein Schauspiel geben. Hätte ich ahnen können!“

„Martha, du mußt doch geahnt, du mußt doch gewußt haben, was in mir vorging, und nun quälst mich nicht und gib mir Antwort!“

Sie griff mit einer lässigen Bewegung nach dem feinen Stuhl und ließ sich darüber hin eigen Blick zu ihm

gleiten. „Wohin!“ Und ihr Blick ruhte auf ihm, während sie langsam ein Schlückchen trank.

Ulrich hatte das Glas ergriffen, trank den Wein auf einen Zug aus und schenkte das Glas so hart wieder, daß es klirrte. „Martha!“ bettelte er beschwörend.

Sie schob ein paar Körner Kaviar in den Mund, gedrückte sie leicht und griff wieder nach einem Schlückchen Wein.

„Mir scheint, lieber Ulrich, daß du da unten im Süden doch ein wenig verwildert bist. Du versagst, ich soll Deine Frau werden, und schließt zu erwarten, daß ich Dir sofort und überdies in die Arme fiele. Daß du mich lieb hast, behauptest Du, und ich glaube Dir. Aber du sagtest auch, daß Du Dich gegen diese Liebe hast wehren wollen und wehren müßtest.“

„Martha, ich bitte Dich, erlaß mir das jetzt. Es ist wirklich nicht interessant genug, und daß ich nicht um Deine Hand gegen meine Liebe anlämpfe, das versteht sich doch von selbst.“

Sie sah ihn fest an und sprach ruhig: „Warum müßtest du dich wehren? Ich möchte wirklich nicht, was mir in diesem Augenblick interessanter sein könnte.“

Das Bewußtsein der Hilfslosigkeit kam lähmend über ihn. Da half kein Widerstreben, wenn er nicht alle Vorteile des Augenblicks aufgeben und Martha nicht obenin versetzen wollte.

So begann er denn zu erzählen; nicht ohne Heberwindung und in dem Bestreben, schnell darüber hinwegzukommen. Auch alle Schuld nahm er sorgsam auf sich, aus dem unklaren Gedanken heraus, daß Martha vielleicht annehmen könnte, was habe versucht, ihn einzulangen.

Er hatte recht verstanden, der Versuch, sie zu entlasten, mißlang. Martha hörte ihn an, ohne mit einem Wort zu unterbrechen; in ihren Augen aber glühte es hell auf. Sie schloß nur ein: „Jornvolle Empörung! Das dünne, kleine Ding hatte sich herausgenommen, Ulrich Wurmoff zu lieben und ihn etwas sein zu wollen; indes sie, Martha Prochmann, in vornehmer Sehnsucht nach ihm schrie und nicht verstehen konnte, daß er nicht endlich kam!“

Der Ober kam mit dem Wein und servierte den Tisch. Nachdem er den Tisch noch einmal überflogen hatte, sog er sich zu, und Martha griff nach dem Tischbesteck: „Daß ich Dir

Er wünschte das ganze Souper an allen Tischen, aber er hat doch gehorcht: „Ja bitte!“ Währenddessen füllte er die Gläser und dann aßen sie ein paar Augenblicke schweigend. Erst als er ihr zugewandt hatte, sagte sie langsam: „Ich werde nicht nach Miesbach fahren.“

Ein Geschehen ging über sein Gesicht.

„Und du wirst noch hier bleiben?“

„Nein, bei der Abreise morgen muß es schon bestehen. Aber ich darf ja wohl hoffen, daß wir uns in der Heimat bald wiedersehen.“

Das Abendkonzert hatte begonnen und die Terrassen hatten sich gefüllt. Eine vertrauliche Unterhaltung war kaum noch möglich, und Martha lenkte das Gespräch mit ruhiger Sicherheit auf ein anderes Gebiet hinüber. Sie lautete auf die Musik und gestand, daß sie in der letzten Zeit eigentlich den Zusammenhang mit jeglicher Kunst verloren habe. In einem Theater sei sie seit zwei — nein: seit drei Jahren nicht mehr gewesen. Nun habe sie sehr viel nachgeholt, und sie freute sich eigentlich darauf, die Bühnen alle wieder anzusehen. Ulrich war tief interessiert — mit sich selbst und vor allem mit ihr. Ein paar Mal deutete er ungeduldig an, daß das alles, was sie da sagte, ihn jetzt doch unendlich interessieren würde, aber sie überdrückte solche Andeutungen und sprach ihn schließlich doch, auf den Ton leichter Unterhaltung einzuweichen.

Während des Nachtlichen wurde sie leiser und für kurze Augenblicke vergaß sie die stühle Zurückhaltung, die sie bis dahin beobachtet hatte. Der Wein und die gewaltigen niedergelassenen Orgeln begannen ihre Wirkung zu üben.

Der letzte Dämmerstreifen ging in dem strahlenden Weiß des elektrischen Lichtes unter. Das Drängen der promemierenden Menschen, der Kommenden, Gehenden und Entgehenden, wurde ungenügend, und Ulrich fand, daß es jetzt sei, unter solchen Umständen hier länger zu sitzen. Martha widersprach nicht, und er nahm das als Zustimmung zum Aufbruch. Er beglich die Rechnung und sie gingen hinunter in den Garten. Dabei schob er kurz entschlossen seinen Arm in den ihren und sie ließ es unter einem leisen Aufstöhnen geschehen. Sie standen und lachte, während sie die Allee hinauf nach dem Café gingen, aber es hing ein unheimlicher, nervöser Unterton durch. Ulrich gab nur kurze Antworten und seine Organe nahmen wieder zu.

230 30